

---

## Zum Haushalt 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

am heutigen Tag legt Ihnen der Kämmerer den Entwurf zum Haushalt der Gemeinde Nottuln für das Jahr 2015 vor.

Es ist nunmehr bereits der elfte Haushalt, der in doppischer Struktur aufgestellt ist.

Gleichzeitig ist es aller Voraussicht nach der letzte Jahreshaushalt, der vom amtierenden Bürgermeister eingebracht wird. Es ist für mich eine persönliche schmerzliche Erfahrung, Ihnen diesen Entwurf vorzulegen.

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle vor Euphorie gewarnt. Die Entwicklungen der kommunalen Finanzen haben meine Warnungen bei weitem überholt. Wir erleben eine Situation, die völlig aus der Balance geraten ist.

Zwei wesentliche Aussagen stelle ich an den Anfang:

**1. In dieser Situation befinden wir uns, obwohl die Bürgerinnen und Bürger weit Überdurchschnittliches dazu beigetragen haben, diese Situation zu vermeiden.**

**2. Etwa 90% des Problemvolumens entsteht uns durch Vorgaben von außen, die wir nicht zu beeinflussen in der Lage sind.**

Hatte ich vor einem Jahr immerhin noch formuliert, es gäbe keine finanziellen Spielräume, so muss ich heute feststellen, dass wir im aktuellen Entwurf tiefe Einschnitte vorgenommen haben, die man eigentlich für unmöglich hält.

Von Investitionen sagt man, sie beschreiben die zukünftige Entwicklung einer Kommune. Entsprechend dem auf „Null“ gesunkenen Spielraum sind auch die Investitionen fast vollständig auf „Null“ gesetzt. Die schlimmste denkbare Situation tritt ein, die finanzielle Beschreibung der Gemeinde verzichtet auf ihre Zukunft.

Es ist kein Trost, dass es vielen Städten und Gemeinden so geht. Eher ist mit dieser Wahrnehmung eine große Sorge verbunden, hat doch der flächendeckende Verzicht auf öffentliche Investitionen eine katastrophale ökonomische Wirkung für unser Bundesland, für unseren Staat.

Eigentlich ist es müßig, auf die Gründe hinzuweisen, die nach meiner Bewertung für unsere Situation verantwortlich sind.

Dennoch: Sprechen wir über die Gründe, zunächst über die Situation im Bund.

Da treibt ein Bundesministerium einen Begriff wie einen Fetisch vor sich her: Sie wissen, ich rede von der sogenannten „schwarzen Null“. Auch wenn auf der einen Seite der sparsame und wirtschaftliche Umgang mit öffentlichen Geldern ein hehres Ziel ist, dem ja auch wir in unserem Stiftdorf verpflichtet sind, so stellt doch auf der anderen Seite die Reduzierung jeglichen politischen Handelns auf dieses Ziel eine wahrhaft erbärmliche politische Handlungsweise dar.

Der Verzicht auf jegliche Neuverschuldung an sich oder ebenso die Schuldenfreiheit einer Kommune – das sind für sich genommen überhaupt keine politischen Ziele von Wert.

Erst im Zusammenspiel dieser Zielvorgaben mit allen anderen politischen Inhalten, erst in der Balance im Zusammenwirken mit den anderen Ebenen und Akteuren in einem

---

föderalen Staatswesen ist der Verzicht auf eine Neuverschuldung ein überzeugendes Vorgehen.

Eine Kommune, die auf der Jagd nach diesem Fetisch auf zwingende Ausgaben verzichtet, fügt möglicherweise ihren Bürgern einen vermeidbaren Schaden zu. Nur im Zusammenhang kann diese Frage beantwortet werden.

Nebenbei „Nr. 1“: Es gibt nach meiner Einschätzung auf Bundesebene noch zu viele Ausgaben, die durchaus nicht mit den Attributen „sparsam“ und „wirtschaftlich“ in Einklang zu bringen sind, ich denke da an aktuelle Entwicklungen bei den Renten. Stattdessen versteift man sich auf Projekte, deren fiskalischer Effekt ebenso umstritten ist wie der inhaltliche Erfolg.

Nebenbei „Nr. 3“: Unmittelbar nahe liegende Möglichkeiten der Verbesserung der staatlichen Einnahmen werden breitflächig außer Acht gelassen.

Nebenbei „Nr. 2“: Es war schon kühn und atemberaubend, mit welcher Geschwindigkeit die Regierungskoalition in Berlin sich von einem der wichtigsten Projekte kommunaler Entlastung verabschiedet hat. Und dabei wurde bei der im Vorfeld der Regierungsbildung stattfindenden Abstimmung unter den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands genau mit diesem Projekt für eine Zustimmung zum Koalitionsvorhaben geworben.

Soweit zur Situation im Bund.

Auf der anderen Seite des Tresens stehen die Bundesländer, die kreisfreien Städte, die Kreise und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Sollte man nun nicht annehmen dürfen, dass diese Beteiligten in einem abgestimmten gemeinsamen Vorgehen die Balance zum Vorgehen des Bundes sichern?

Bei allem Verständnis für die Probleme einer Landesregierung, die Kommunalfinanzen in einer Situation zu sanieren, in der offensichtlich aufgrund einer Schräglage zwischen Bund einerseits und den Ländern andererseits zu wenig Mittel im System sind, kann es doch nicht richtig sein, dass Städte und Gemeinden im ländlichen Raum überwiegend Leidtragende einer enormen Verschiebung von Gemeindefinanzierungsmitteln sind.

Die weitere Schiefelage besteht in dem Verhältnis zwischen den umlageberechtigten Körperschaften einerseits und den die Umlage finanzierenden andererseits.

An dieser Schiefelage hat die Gesetzgebung des Landes Nordrhein-Westfalen einen wesentlichen und meines Erachtens verhängnisvollen Anteil in Gestalt des Umlagengenehmigungsgesetzes.

Dieses Gesetz zwingt beispielsweise Kreise zu einem kommunen-unfreundlichen Vorgehen. Die eigentlich naheliegenden Vorgehensweisen, dass Kreise sich ebenfalls zu defizitären Haushaltsplanungen mit planmäßiger fiktiver Deckung aus den verschiedenen Rücklagen entschließen, oder dass sie dann Haushaltssicherungskonzepte erstellen, wenn kreisangehörige Kommunen in größerer Zahl dazu gezwungen sind, - diese eigentlich naheliegenden Wege sind den Kreisen kraft Gesetzes verschlossen.

Das schwächste Glied in dieser Wirkungskette: die kreisangehörigen Städte und Gemeinden.

Zu den Details wird sich gleich der Kämmerer noch mit Nachdruck äußern. -

---

Ursprünglich bestand der Plan, den heute eingebrachten Haushaltsplanentwurf in den kommenden Wochen in den Ausschüssen zu diskutieren und den Haushalt für das Jahr 2015 nach Möglichkeit noch vor der Weihnachtspause zu verabschieden.

Angesichts der aktuellen Situation halte ich dieses Vorgehen für nicht sinnvoll durchführbar. Und ich möchte auch Ihnen, den Mitgliedern des Rates, das nicht zumuten.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir in einer Reihe von Beratungen, entweder innerhalb der regulären Sitzungsfolge oder auch in Sondersitzungen, die aktuelle Situation erörtern.

In diesen Beratungen sollten wir uns auch externen Sachverständigen bedienen.

Ein unverzichtbares Thema im Reigen dieser Veranstaltungen ist eine Diskussion einer möglichen Verschuldung. Hier stellt sich – in Kürze gesagt – die grundsätzliche Frage, welches Verhalten richtig ist im Hinblick auf diejenigen, die nach uns kommen. Ist es besser, der nachfolgenden Generation eine geringer verschuldete Kommune zu hinterlassen, in welcher über Jahre hinweg die notwendigen Investitionen nicht getätigt wurden? Oder ist es besser, für sinnvoll und notwendig erachtete Maßnahmen jetzt durchzuführen, unseren Nachkommen aber erhöhte Zins- und Tilgungslasten zuzumuten?

Dieser wichtigen Weichenstellung muss sich der Rat stellen.

Mir persönlich ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass wir jetzt nicht unter dem Druck der fehlenden Finanzen auf die weitere Gestaltung unseres Ortsentwicklungskonzeptes verzichten. Viele Bürgerinnen und Bürger haben bereits Zeit und Kraft investiert. Diese Ressourcen sind unbezahlbar für Nottuln. Wir müssen diesen Weg weitergehen und dürfen uns nicht durch die Sorge lähmen lassen, welche Teile des Konzeptes vielleicht eine längere Zeit auf eine Realisierung warten müssen.

In besonderen Sitzungen werden sich unsere Fachausschüsse mit weiteren noch zu vereinbarenden Themen befassen müssen. Ich denke da z.B. an das Thema „Fremdvergabe vs. Eigenleistung“, welches in engem Zusammenhang mit der Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde steht. Ein weiteres Thema muss die Beschäftigung mit den Standards sein – linear durch fast alle Produktbereiche hindurch.

Sehr geehrte Mitglieder des Rates,

vor uns liegt ein steiniger Weg. Man muss kein Prophet sein, um manche Ratlosigkeit und manches Frustrationspotential vorherzusagen. Lassen Sie uns gemeinsam heute auf den Weg machen, uns mit dieser Situation auseinanderzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und gebe das Wort weiter an den Kämmerer der Gemeinde Nottuln, Herrn Klaus Fallberg.